Abendausgabe

Nr. 74 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 37

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295.
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7 Goldpfennig
70 Milliarden

Mittwoch
13. Februar 1924

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Blutige Kämpfe in der Pfalz.

Das Pirmasenser Rathaus gestürmt.

Pirmasens, 13. Februar. (WTB.) Gestern von vormittags 11 Uhr an sammelte sich vor dem Regierungsgebäude eine ungeheure Menschenmenge an. Die Separatisten wurden wiederholt aufgefordert, das Gebäude zu verlassen oder in Unterhandlungen mit einer Abordnung der Bürger zu treten. Diese Einigungsversuche wurden seitens der Separatisten zurückgewiesen. Die Separatisten schossen nunmehr blindlings auf die Menge. Trotz der schweren Verluste der Angreifer wurde der Sturm fortgesetzt. Da an das Regierungsgebäude aber infolge der Verbarrikadierung nicht heranzukommen war, wurde die Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt. Als sie jedoch ebenfalls nichts ausrichtete, wurde das Gebäude mittels Benzin in Brand gesteckt. Als der untere Teil in Flammen stand, stellten die Separatisten das Feuer ein und baten um Gnade. Inzwischen waren einige Männer mittels einer Leiter in das Gebäude eingedrungen, und es entstand ein Kampf Mann gegen Mann. Die das Gebäude verlassenden Separatisten wurden von der maßlos erregten Menge erschlagen. Unter ihnen befindet sich auch der Regierungskommissar Schwab, der sich durch besonders brutales Vorgehen ausgezeichnet hatte, ferner der „Adjutant" des Schwab sowie andere bekannte Separatisten. Das Gebäude brennt noch. Die Besatzungstruppen verhielten sich während der Kämpfe vollkommen neutral.

Pirmasens, 13. Februar. (WTB.) Nach den bisher vorliegenden Feststellungen sind bei dem Sturm der Bevölkerung auf das Rathaus im ganzen 17 Personen getötet worden, darunter 14 Separatisten.

Zweibrücken, 13. Februar. (WTB.) Die Separatisten sind heute morgen 4 Uhr in der Richtung Kaiserslautern abgezogen.

Ueber diese Vorgänge erhalten wir folgende eigene Meldungen, die die Angaben des Wolff-Berichts bestätigen:

Ludwigshafen, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Pirmasens kam es am Dienstagabend zu äußerst schweren Kämpfen zwischen den Separatisten, die das Bezirksamtsgebäude noch besetzt hielten, und dem Selbstschutz und der Feuerwehr der Stadt, die das Gebäude stürmten. Die Kämpfe dauerten unter schweren Verlusten auf beiden Seiten den ganzen Abend über. Das Bezirksamt selbst geriet im Laufe des Kampfes in Flammen, die aus dem brennenden Gebäude flüchtenden Separatisten wurden erschlagen und verbrannten. Auf deutscher Seite soll es drei Tote und etwa zwanzig zum Teil Schwerverwundete gegeben haben. Die Separatisten dürften einen Verlust von zehn Toten und viele Schwerverwundete zu verzeichnen haben.

Mannheim, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die blutigen Vorgänge, die sich am Dienstagabend in Pirmasens abspielten, wird nunmehr folgendes bekannt: Am Dienstagvormittag um 11 Uhr sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Bezirksamtsgebäude in Pirmasens, in dem sich die Besatzung der Separatisten, etwa 40 Mann stark, befand. Die Volksmenge verlangte den sofortigen Abzug. Die Separatisten weigerten sich, und als die erregte Menge Anstalten traf, um in das Gebäude einzudringen, wurde aus dem Bezirksamt auf die Bevölkerung geschossen, wobei es mehrere Verwundete gab. Die Menge ging zurück und bewaffnete sich mit Holzprügeln. Unterdessen errichteten die Separatisten um das Bezirksamt Barrikaden zu ihrer Verteidigung. Ein Versuch der freiwilligen Feuerwehr, die Separatisten aus dem Gebäude herauszuholen, mißlang. Daraufhin schleppte die Volksmenge Benzin heran und zündete die Barrikaden an. Dadurch geriet auch das Bezirksamtsgebäude in Brand und ging in Flammen auf. Die aus dem brennenden Gebäude flüchtenden Separatisten wurden von der ungeheuer erregten Volksmasse erschlagen, darunter als einer der ersten der sogenannte Regierungskommissar der Separatisten Schwab, sein Sohn und sein Adjutant. Von den 40 im Gebäude befindlichen Separatisten dürften wenige mit dem Leben davongekommen sein. Auf deutscher Seite fiel u. a. der praktische Arzt Anstett, der Verwundete verband, sowie ein gewisser Cozilius und eine Frau Stumpf. Die Besatzungsbehörde verhielt sich zunächst vollkommen neutral. Heute morgen um 5 Uhr traf aus Zweibrücken französische Infanterie zur Verstärkung der Besatzung von Pirmasens ein. Um 8 Uhr vormittags trafen fünf Lastautomobile mit Marokkanern aus Zweibrücken ein. Ueber die Stadt ist die Nachtsperre von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verhängt. Die Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim ist seit heute früh 5 Uhr wiedergesperrt.

Bis in die Vormittagsstunden des heutigen Tages wurden als Opfer der blutigen Vorgänge in Pirmasens 8 Tote auf deutscher Seite und 28 Tote auf Separatistenseite festgestellt.

Kämpfe auch in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 13. Februar. (WTB.) Seit heute morgen 8 Uhr wird gekämpft um das Bezirksamt, das Hauptquartier der Separatisten. Marokkanische Truppen griffen ein, um die Menge von dem Gebäude, das zugleich der Sitz der französischen Bezirksdelegierten ist, wegzutreiben. Bis jetzt sind ein Einwohner und ein Separatist schwer und mehrere Personen leicht verletzt.

Befehl von Moskau.

Die kommunistische Internationale an die KPD.

Sieben lange Spalten füllt in der „Prawda" vom 7. Februar die Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die „Lehren der deutschen Ereignisse". Sie abzudrucken oder auch nur auszugsweise wiederzugeben, ist für ein nichtsubventioniertes Blatt eine Unmöglichkeit. Teilweise enthielt bereits die von uns mitgeteilte Rede Sinowjews auf der russischen Parteikonferenz hinreichend Material zur Beurteilung des „neuen Kurses", den die Moskauer Internationale für Deutschland zu befehlen gedenkt. Trotzdem müssen aber auch aus diesem für die innerdeutsche Politik selbstverständlich wichtigen Dokumente einige Stellen auch der deutschen Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nur aus ihnen kann man die Taktik der deutschen Kommunisten richtig beurteilen.

Die Thesen geben in langen historischen Schilderungen die Geschichte der kommunistischen Strategie aus dem Jahre 1923 wieder, schildern im Stile Sinowjews die „sächsische Komödie", das „militärisch-politische Manöver" und das „klägliche Versagen der von sozialdemokratischen Traditionen verseuchten rechten Kommunisten". Es wird eine „vollständige Aenderung" der sogenannten Einheitsfronttaktik, vor allem gegenüber der Sozialdemokratie, einerlei welcher Schattierung, angekündigt. Dann heißt es wörtlich weiter:

Diese Umstände veranlassen uns, die Taktik der Einheitsfront in Deutschland zu ändern. Nichts Gemeinsames mehr mit den Söldnern der weißen Diktatur — das erkennen jetzt vollkommen klar alle Kommunisten in Deutschland, und das müssen sie für jedermann hörbar dem ganzen deutschen Proletariat sagen.

Die deutsche Kommunistische Partei verzichtet auf jegliche Verhandlung nicht nur mit dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch mit den „linken" Führern, solange diese Helden nicht den Mut haben, offen mit der konterrevolutionären Bande im Zentralkomitee ihrer Partei zu brechen.

Schon bei der geschichtlichen Betrachtung der Ereignisse des vergangenen Jahres wird der Schlappheit der Kommunisten in Sachsen als leuchtendes Beispiel der Hamburger Aufstand gegenübergestellt. Die Methode des Aufstandes und des Putsches wird programmatisch als Taktik der nächsten Zukunft hingestellt:

Die deutsche Kommunistische Partei darf die Frage des Aufstandes und der Eroberung der Macht nicht von der Tagesordnung absetzen. Im Gegenteil, diese Frage muß in ihrer ganzen Gegenständlichkeit und Unaufschiebbarkeit vor uns stehen.

Die Agitation der Partei muß den breitesten Massen zum Bewußtsein bringen, daß nur die Diktatur des Proletariats ihnen Rettung bringen kann. Diese Aufgabe ist verbunden mit der Aufgabe der politischen Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei, was die Organisation von Organen der Einheitsfront und die Aufstellung klarer Kampfziele in allen Teilkämpfen erfordert.

Kleinbauern, Kleinbürger und alle möglichen Mittelschichten sollen den Kommunisten bei dieser Taktik, die als die Taktik der „Einheitsfront von unten auf" bezeichnet wird, behilflich sein. Die Kommunisten wollen dabei ausgesprochen nicht nur eine Agitations-, sondern auch eine Kampfpartei sein:

Es ist deswegen unbedingt notwendig, mit aller Energie die Bewaffnung der Arbeiter und die technische Vorbereitung des Entscheidungskampfes zu bewerkstelligen. Rote Hundertschaften müssen wirklich und nicht nur auf dem Papier geschaffen werden. . . . Nur wenn die Arbeitermasse in den Roten Hundertschaften bei Demonstrationen und Streiks und bei allen anderen Zusammenstößen mit den bürgerlichen Machtorganen Schutz findet, können die Hundertschaften auf Sympathie bei der Masse zählen.

Alle „demokratischen Illusionen" in der Partei und alle „Spekulationen auf sozialdemokratische Gruppen" sollen restlos ausgemerzt werden. Die Kommunistische Partei wird als die „einzige Partei des Aufstandes, die Partei der Zerstörung des kapitalistischen Gebäudes" bezeichnet. Deswegen soll jede Handlung der Partei diesen Zwecken dienen.

Nach einem solchen, mit manchen Strömungen der Vergangenheit auch in der Kommunistischen Partei scharf brechendem Bekenntnis zum Putschismus fehlt nicht der übliche Hinweis auf die Einigkeit der Partei. Dieser wird aufgetragen, auf einem Parteitag entsprechend diesen Anweisungen ihren Fraktionsstreit zu beenden.

Die Moskauer Exekutive, die von den Verhältnissen in Deutschland nichts weiß, fordert von ihren deutschen Mitgliedern Kadavergehorsam. Sie haben dies und nichts anderes zu tun, es wird nicht danach gefragt, was sie denken und was sie können.

Diejenigen deutschen Kommunisten — und sie sind zahlreich —, die den Moskauer Befehl für potenzierten Irrsinn halten, dürfen das nicht sagen, sondern sie müssen schweigen und gehorchen. Werden sie aber das tun? Schließlich gibt es Grenzen, über die ein innerlich rechtschaffener Mensch nicht mehr hinweg kann. Wer von den kommunistischen Führern auch nur noch einen Funken von Verantwortungsgefühl, von wirklicher Liebe zu den Arbeitern empfindet, der muß sich gegen die Zumutung, diese Arbeiter einem sinnlosen Befehl zu opfern, empören.

Es wäre unnötig, Deutschen, die die Augen offen haben, noch ausführlich darzulegen, warum der Moskauer Befehl potenzierter Irrsinn ist. Jeder weiß, daß ein kommunistischer Aufstand mit Zustimmung von mindestens neun Zehnteln des Volkes niedergeschlagen werden würde, und daß er

Für eine internationale Konferenz.

Eine Erklärung Macdonalds.

London, 13. Februar. (EP.) Macdonald antwortete in der gestrigen Unterhaussitzung auf die Anfrage des Abgeordneten Sommerville, ob die Regierung die Einberufung einer internationalen Konferenz für den Wiederaufbau der Welt vorbereite, daß dies den Tatsachen entspreche. Die Regierung hoffe, daß dieser Plan verwirklicht werden könne. Alle Vorschläge, die zu dem gleichen Ziele streben, würden von der Regierung mit Genugtuung aufgenommen werden.

Die Programmrede Macdonalds im Unterhaus hatte keinen sensationellen Anstrich und brachte keine Ueberraschungen. Der Form nach war sie in jene Atmosphäre staatsmännischer Ueberlegung und Nüchternheit getaucht, die die Debatten des englischen Parlaments gemeinhin auszeichnet. Wenn aber gestern der auswärtige Unterstaatssekretär im Kabinett Baldwin, McNeill, die spöttische Frage dazwischen war, wodurch sich denn die neue englische Außenpolitik von der bisherigen unterscheide, so muß doch gesagt werden, daß dieser Unterschied gerade dem nichtenglischen Beobachter in die Augen springt.

Die englische Arbeiterregierung ist ja schon durch ihre bloße Existenz das verkörperte Programm der Erneuerung von unten auf. Und ihr bloßes Vorhandensein hat genügt, die Vorbereitung einer inneren Umstellung in Frankreich ganz erheblich zu beschleunigen. Frankreich als typische Bourgeoisrepublik, als Vertreterin des konservativen Prinzips in der auswärtigen Politik, hatte in einer konservativen englischen Regierung keinen ebenbürtigen Gegenspieler. Denn gab es auch Meinungsverschiedenheiten, so blieb doch der grundsätzliche Boden derselbe, und da niemand daran denken konnte, Meinungsverschiedenheiten mit bewaffneter Hand auszutragen, war die Stellung der konservativen englischen Regierung gegenüber der französischen schwach.

Die Aehnlichkeit, die McNeill feststellen zu können glaubt, ist nur äußerlich. Sie besteht darin, daß auch die Arbeiterregierung nicht — und sie erst recht nicht — auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Frankreich hinarbeitet und daß auch sie bemüht ist, in der Kritik einer immer noch „verbündeten" und „befreundeten" Regierung keine scharfen Worte zu gebrauchen. Sie aber besitzt die Möglichkeit, über die Köpfe der jetzt Regierenden hinweg auf die Meinung der breiten Volksmassen Frankreichs Einfluß zu üben. Die Verständigung des französischen Volkes mit dem englischen und mit dem deutschen Volk, das ist ihr Programm, an dessen Ehrlichkeit kein Zweifel gestattet ist. Und die Hoffnung ist berechtigt, daß dieses Programm im französischen Volk, das durch die Mißerfolge Poincarés und den Sturz des Franken belehrt ist, starken Anklang finden wird.

In Frankreich scheint der politische Instinkt des Volkes kräftig genug, um die Erkenntnis zu fördern, daß einem geistig erneuerten England kein verknöchertes Frankreich gegenüberstehen dürfe. Die Frage an das Schicksal ist jetzt, ob das deutsche Volk wieder einmal eine Politik der verpaßten Gelegenheiten treiben will. Das würde es tun, wenn es loyale Mitarbeit verweigern und sich einer Politik der Revanche und der Sabotage auch ermäßigter und tragbarer Reparationsforderungen verschreiben wollte. Im wohlverstandenem Interesse des deutschen Volkes wird die Sozialdemokratie gegen eine solche blinde und verhängnisvolle Politik den allerschärfsten Kampf führen.

Leider hat gestern diese Revanchepolitik in Pirmasens einen Triumph im kleinen gefeiert. Nachdem das Separatistenregiment durch diplomatische Einwirkung gebrochen war, waren gegen seine letzten Reste keine Gewaltakte notwendig. Die Führer des Kampfes gegen die 40 Separatisten in Pirmasens haben sich keine Lorbeeren geholt, sie haben vielmehr die deutsche Sache durch die Wildheit ihres Vorgehens geschädigt. Jetzt, nachdem sich das französische Militär in die Neutralität zurückgezogen hat, wird es Sache der deutschen Behörden sein, dafür zu sorgen, daß sich derartige Dinge nicht wiederholen.

Von der deutschen Reichsregierung ist alle Energie zu verlangen in dem Bestreben, zu einer wirklichen Befriedung Europas zu gelangen, und in der Bekämpfung aller Strömungen, die sich diesem Bestreben entgegenstellen. Mögen die Götter die Köpfe unserer Führenden erleuchten und sie begreifen lassen, um was es geht. Denn mit Blindheit schlagen sie doch nur den, den sie verderben wollen!

•

London, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zum Vorsitzenden und Wortführer der Arbeiterfraktion während der Dauer der Regierung Macdonald wurde gestern der Abgeordnete für Newton Donny gewählt.

Es steht endgültig fest, daß bei der Nachwahl in Burnley sich nur zwei Kandidaten gegenüberstehen werden, der neue Innenminister Artur Henderson und der Konservative Harold Camps. Der liberale Kandidat bei der Hauptwahl hat diesmal auf eine Aufstellung verzichtet, ohne sich jedoch bisher zugunsten des einen oder des anderen Kandidaten zu äußern. Man nimmt jedoch an, daß durch diesen Verzicht Hendersons Chancen etwas verbessert werden.

schließlich keinem anderen Zweck dienen würde als dem, den Sieg der Konterrevolution in Deutschland vollständig zu machen.

Der Moskauer Befehl ist ein wahrer Todesbefehl nicht nur für die einzelnen, deren Schicksal dem Großen Hauptquartier im Kreml gleichgültig ist, sondern für die Kommunistische Partei selbst. Sie ist vor die Wahl gestellt, entweder sich befehlsgemäß militärisch aufreiben zu lassen oder durch eine Rebellion gegen Moskau ihr Leben zu retten. Dieser innere Widerspruch muß sie zerreißen, wenn sie nicht eines rettet — der militärische Ausnahmezustand.

Nirgends gedeihen sinnlose Illusionen, Verschwörertum, Putschistentreiben besser als unter dem Belagerungszustand. Kein schwererer Schlag kann daher den Moskauern und ihren blinden deutschen Hintersassen zugefügt werden als die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Solche Krankheiten gedeihen nur in dunkler Stube. Licht und Luft heilen sie. Man zwinge die Kommunisten, vor der Oeffentlichkeit Farbe zu bekennen, man gebe ihnen Gelegenheit, öffentlich ihre Meinungsverschiedenheiten auszutragen, man stelle zwischen ihnen und ihren Gegnern gleiche Kampfbedingungen her! Die Heilung der Arbeiterbewegung vom kommunistischen Irrglauben ist keine militärische, sondern eine demokratische Angelegenheit, und jetzt sind die Heilungsaussichten gut, wenn nicht wieder das Militär alles verdirbt!

•

Von kommunistischen Demonstrationen war heute bisher noch nichts zu bemerken. Sie sollen ergebnlich vertagt sein.

Fort mit Loßberg!

Wie man in Arbeiterkreisen Westfalens über ihn denkt.

Eine außerordentliche Konferenz von Vertretern des Kreisverbandes Münster i. W. der SPD. nahm einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die außerordentliche Tagung erklärt einmütig, daß sie zu dem Kommandeur des Wehrkreises VI, Herrn von Loßberg in Münster, kein Vertrauen hat und die Art, nach welcher dieser Herr unter dem Ausnahmezustand als Inhaber der vollziehenden Gewalt sein Amt auffaßt, als gegen die Interessen der Republik und der organisierten Hand- und Kopfarbeiterschaft gerichtet, auf das schärfste verurteilt. — Die Tagung fordert die Entfernung dieses Reichswehrkommandeurs aus dem Amte und verlangt, daß die Leitung des Wehrkreises VI endlich in die Hände eines Mannes gelegt wird, der seine Tätigkeit nicht einseitig politisch einstellt und es verhindert, daß Westfalen noch mehr zu einem nordischen Bayern wird. Die Konferenz beauftragt den Kreisverbandsvorstand, auf dem westfälischen Parteitag und auf dem Reichsparteitag der SPD. sowie bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gleichfalls nachdrücklichst im Sinne dieser Entschließung zu wirken."

Der Vorgänger Loßbergs war — Herr von Watter. Inzwischen ist man übrigens in dem Wehrkreis des Herrn von Loßberg, in welchem, wie er vor dem Westfälischen Bauernverein sagte, die „Ruhe aufrecht erhalten sei", hinter große Sprengstoffverschiebungen rechtsstehender Kreise gekommen und hat Feststellungen und Verhaftungen unter Leuten vorgenommen, die auch Herrn von Loßberg nicht unbekannt sein dürften. Wir werden nach Abschluß der Untersuchungen darauf zurückkommen. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird sich ebenfalls mit der Sache zu befassen haben. — Die Parteikonferenz in Münster, die sich u. a. auch mit den taktischen Parteifragen befaßte, nahm einen schönen, geschlossenen Verlauf.

Die Arbeiterregierung im Oberhause.

Für eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage.

London, 13. Februar. (Eca.) Im Oberhaus entwickelte Lord Haldane das Regierungsprogramm. Er bemerkte: „Bethmann Hollweg war ein Pazifist, aber unfähig, gegen die deutschen Militärs aufzukommen." Er erläuterte die Ablehnung seiner damaligen Vorschläge. Frankreich müsse heute bei einer Erwägung der Sicherheitsfrage den damaligen deutschen Fehler vermeiden, den Frieden durch Gewalt erzwingen zu wollen. Der Frieden sei nur möglich durch allgemeine Abrüstungen und internationale Abmachungen.

Danach ergriff Lord Curzon als Führer der Opposition das Wort und trat für eine Verständigung mit Frankreich ein. Diese sei jedoch nur möglich bei einer Aenderung der Ruhrpolitik. Er kritisierte alsdann die Anerkennung Rußlands.

Die Aufnahme der Rede in England.

London, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Programmerklärung der neuen Regierung schreibt die „Times": Die Rede enthielt nichts Aufrüttelndes, aber viel Gesundes und Verständiges und bildete ein gut ausgearbeitetes, allgemeines Arbeitsprogramm für die nächste Zukunft. Die Prüfzeit wird für Macdonald wie für seine Vorgänger kommen, wenn dieses allgemeine Programm auf konkrete Vorschläge wird beschränkt werden müssen. Bezüglich der auswärtigen Politik meint die „Times", daß der Ministerpräsident sich wahrscheinlich von einer mehr detaillierten Erklärung wegen des Umstands enthielt, daß die Berichte der beiden Sachverständigen-Ausschüsse über die deutschen Finanzen in kurzer Zeit erwartet werden und für eine endgültige Formulierung der Regierungspolitik in Betracht gezogen werden müssen. Dennoch war Macdonald in der Lage, zuversichtlich von der Aussicht auf ein vollständiges Uebereinkommen mit Frankreich bezüglich der Pfalz zu sprechen. Hierzu glaubt die „Times", daß ein Teil des Verdienstes an diesem Resultat auch der Arbeit der Regierung Baldwin zuzuschreiben sei. „Es mag sein," fügt das Blatt hinzu, „daß Frankreich in der Uebernahme der Macht durch die englische Arbeiterpartei eine günstige Gelegenheit erblickt, etwas von seiner bisherigen unversöhnlichen Haltung abzugehen. Das soll jedoch in keiner Weise die Verdienste verringern, die Macdonald sich durch seinen Takt und durch seine Zurückhaltung seit seinem Einzug in Downing Street erworben hat. Es besteht jetzt das endgültige und hoffnungsvolle Gefühl, daß nunmehr eine greifbare Regelung, beruhend auf englisch-französischer Zusammenarbeit, tatsächlich ins Auge gefaßt werden kann.

„Manchester Guardian" schreibt: „Macdonald gedenkt nichts mit Ueberstürzung zu unternehmen. Es ist klar, daß wir alle die Berichte der internationalen Sachverständigenausschüsse, die gegenwärtig an der Arbeit sind, abwarten müssen. **Die Ernennung dieser Ausschüsse ist das Beste, was seit Unterzeichnung des Friedensvertrages geschehen ist.** Diese Ausschüsse sollten die Grundlage schaffen für eine allgemeine Konferenz der europäischen Mächte zusammen mit Amerika und auf eine solche Konferenz rechnet offenbar Macdonald, um seine Politik durchzusetzen. Darüber hinaus erstrebt Macdonald die Schaffung einer großen internationalen Einrichtung, die stärker in Wirksamkeit zu treten haben werde als bisher der Völkerbund. Macdonald möchte dieses Instrument durch Einbeziehung von Deutschland und womöglich von Rußland und es sodann bis zum Aeußersten verwenden. **Die Chancen für das Gelingen dieses Planes sind jetzt besser als je zuvor."**

Dawes beim Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Ersten Sachverständigenausschusses, General Dawes, besuchte heute mittag aus Anlaß der Abreise des Ausschusses den Reichskanzler, um auf Wunsch seiner Mitarbeiter den Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, welche die deutsche Regierung den bisherigen Arbeiten des Ausschusses habe zuteil werden lassen. Der General führte aus, die deutsche Regierung habe alle Auskünfte erteilt, welche das Komitee erbeten habe. Er wünsche hierfür zu danken sowie für die aufmerksame und freundliche Aufnahme, welche der Ausschuß erfahren habe. Der Reichskanzler dankte dem General für seinen Besuch und bat ihn, auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses seine Genugtuung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in dieser Weise gewürdigt worden sei. Er danke ihnen ferner namens der deutschen Regierung für das eingehende Interesse, das sie der ihnen übertragenen überaus schwierigen Aufgabe gewidmet hätten.

Steuerdebatte in der Kammer.

Paris, 12. Februar. (WTB. — Kammer.) Vormittag begann die Besprechung des dritten Artikels des Regierungsentwurfes: 20prozentiger Steuerzuschlag. Verschiedene kommunistische Zusatzanträge, die vor allem eine Enteignung solcher Gebäude verlangten, die unter Verwendung der Kriegsgewinne erbaut wurden, ferner Revision der Liquidierung der amerikanischen Materiallager und Beschlagnahme der Gewinne der Kohlengrubenbesitzer infolge des Steigens der Kohlenpreise nach der Ruhrbesetzung wurden abgelehnt. Abg. Engerand betonte die Notwendigkeit der Annahme der Regierungsvorlage. Er bat indessen die Regierung, den Verbrauchern direkte Verteidigungsmittel in die Hand zu geben, da die vorgeschlagenen Maßnahmen schon heute als Vorwände für Preiserhöhungen dienten. Ministerpräsident Poincaré antwortete, daß ein entsprechender Entwurf in Ausarbeitung begriffen sei. Engerand betonte dann die Notwendigkeit, um ausländischen spekulativen Manövern jeden Vorwand zu nehmen, alles Gold, das Franzosen geschuldet würde, nach Frankreich zurückführen zu lassen.

In der fortgesetzten Steuerdebatte weist Abg. Tardieu auf den Ernst der Maßnahme hin. Niemand zeige, welche Ersparnisse man erzielen könne. Die 20prozentige Steuererhöhung habe in der Kammer nicht einen einzigen Verteidiger gefunden, sie treffe die Kleinen und den Mittelstand viel härter als die Reichen. Tardieu bezweifelt, daß damit das Budget ausgeglichen und die Währung saniert werde. Man habe gut daran getan, das Ruhrgebiet zu besetzen, aber die öffentliche Meinung der Welt habe von diesem entscheidenden Schritt etwas anderes erwartet, denn Frankreich habe mit der Besetzung die Hand auf eines der drei großen Bergwerksbezirke der Welt gelegt.

Tardieu erklärte weiter, er begreife nicht die Ueberstürzung, mit der die Regierung die Annahme der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen verlange, bloß weil es am 14. Januar in Amsterdam zu einem Börsencoup gekommen sei. Zwei Jahre ministerieller Vernachlässigung ließen sich nicht mit einer Stunde starker Erregung wieder gut machen. „Ich beschwöre die Kammer," so schließt Tardieu, „sich auf diese

Politik der Panik

nicht einzulassen."

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung ergreift der Abg. Klotz das Wort. An Hand von Beispielen weist der Abgeordnete nach, daß die bloße Ankündigung einer Steuererhöhung in einigen Tagen die Kosten der Lebenshaltung um 20 bis 30 Proz. in die Höhe getrieben habe. Wenn dieser Zustand anhalte, gehe man einer Katastrophe entgegen. Er erklärt, soeben erfahren zu haben, daß das noch in Berlin tätige Sachverständigenkomitee sich auf den Standpunkt stelle, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebenso belastet werden müsse, wie die Staatsangehörigen der am stärksten besteuerten Ententeländer. Die Sachverständigen zögen dementsprechend jetzt

neue deutsche Steuern

in Erwägung. Wenn aber die Kammer die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung bewillige, so werde morgen der französische Staatsbürger die stärksten Steuern zahlen. Die französische Regierung würde dann zu der Forderung berechtigt sein, daß der deutsche Steuerzahler zumindest ebenso stark belastet werde, wie der Franzose, der die schwersten Steuern der Welt trage.

Die Diskussion wurde darauf auf morgen vormittag vertagt.

General Körner, Deutschösterreichs Heeresinspektor a. D., vorher Generalstabschef der Isonzofront, der die planmäßige Entrepublikanisierung und Entwertung des Bundesheeres durch die Seipel-Regierung aufdeckte, ist von unseren Genossen zum Mitglied des Bundesrats (dem Reichsrat in Berlin entsprechend) und zum Stellvertreter des sozialdemokratischen Parlamentskommissars im Wehrministerium, Dr. Deutsch, gewählt worden.

Der Petroleumskandal. Die Resolution des Senats, in der der Rücktritt des Marinesekretärs Denby verlangt wird, ist mit 47 gegen 34 Stimmen angenommen worden; sie ist dem Präsidenten Coolidge zugegangen.

Nachlassender Devisenbedarf.

Bei der Festsetzung der amtlichen Devisenkurse zeigte sich eine Verminderung der Nachfrage gegenüber dem Vortage im Ausmaße von etwa 25 bis 30 Proz. Die Zuteilung wurde bei den meisten Devisen etwas erhöht. Sie betrug bei London 3 Proz. Wie verlautet, nehmen die Nachprüfungen bei den Banken ihren Fortgang.

Ottakring.

Von Max Preis.

Das ist der Bezirk der Arbeiter von Wien. Die freundlichere Schwesterstadt zu dem düsteren Favoriten, zu dem mechanisierten Floridsdorf, zur traurigen Brigittenau, von der ein hilflos naives Volkslied von Anno Längstvorbei hartnäckig behauptet, dort sei der Himmel blau; was ihm gar nicht einfällt, denn er ist mit Fabrikrauch angestrichen und hat keine Zeit, blau zu sein. Ueberall, in Favoriten, in Floridsdorf, in der Brigittenau und in Ottakring wohnen Arbeiter, werken Arbeiter, dampfen Arbeiter an Feierabenden wie Gäule nach dem Trab im Stall; und schließen Arbeiter an Sonntagen die Hände zum Gebet der Musik, des Vortrages, der die Riegel von den harten Türen der Kunst des Wissens hebt. Und überall sehen die Fenster der Häuser wie hungrige Augen aus.

Aber nirgendwo haben die Wohnwürfel sich so sehr einen letzten Schimmer von wienerischer Anmut bewahrt wie in Ottakring. Das macht, vielleicht, — der Wald ist nah; er greift mit grünen Fingern mitten hinein in die Versteinerung des Menschentums, bläst Seele in verkalkte, in Stahl gewordene Herzen, die zeitlebens nur beurlaubt sind, wenn sie für einen gedrängten Abend, für eine aufbauende Nacht zum Leben zurückkehren. Der Wald macht das der ganz feine, unsichtbare Bäche entspringen und in die Menschen von Ottakring münden läßt. Der nahe Wiener Wald, der auch im Winter nahe ist und seinen weißen Hut aufsetzt und den kleinen Mädels zuwinkt, wenn sie morgens in die Fabrik fahren. Das ists: sie sehen morgens den Wald und laufen ihm davon; nach dem Arbeitsabenteuer des Tages kommen sie treu zu ihm zurück. So verlieren die Leute in Ottakring nie ganz den Zusammenhang mit der Natur. Sie bekommen täglich einen Morgenkuß und einen Abendsegen von ihr.

Ottakring ist erobertes Land. In hundert Wahlschlachten erobert. Die Wucht eines Viktor Adler, die heilige Güte seines Herzens, die schwere Geste seiner kargen, pflügenden Rede wohnte mehr drüben im düsteren Favoriten, wo jede Gaslaterne wie durch den Schleier einer Leidenschaft brennt. In Ottakring war der Franz Schuhmeier, der prachtvolle Wiener Bursch, der unbeschwerte, unbekümmerte, wie aus der heiteren Waldsilhouette herausgeschnittene Draufgänger zu Hause. Der Schuhmeier-Franzl, zu dem alle Wiener Augen du sagten. Nur in Ottakring konnte seine von Glück und Liebe getragene Volkstümlichkeit und Ursprünglichkeit aufschießen. Im eigentlichsten wienerischen Sinne hatte seine Derbheit Anmut. Wenn Politik musikalisch sein könnte — dieser derbe, bodenständige Schuhmeier wäre der Mozart der Wiener Politik gewesen. Franz Schuhmeier ist schon lange tot; ein Mörder hat ihn niedergeknallt. Aber Ottakring lebt, und Schuhmeiers gebaute und geschelte, unbewußte und unbeschwerte, bejahend fanatische, zur Freudigkeit erlösende Lebensweisheit ist wie ein ewiger Pfingstgeist über Ottakring ausgegossen. Es ist der Geist des Willens zum Leben und seinen schönen Dingen über die ganz große Idee hinaus; der Geist, der beim Augenblick verweilt und ihn schön findet, der am Hals des Tages hängt und des Tages Lippen küßt, wenn sie rot und voll sind; ein Geist, der sich in die Weltdimensionen fügt, aber trotzdem auch Ottakring und Wien und seinen Wald als Heimat gelten läßt.

Es ist Peripheriestimmung in Ottakring, auch im neuen, revolutionären und völkerbundlich sanierten. Eine Peripheriestimmung, die freches, stolzes Wienertum aufbläht; Traditionsstimmung. Kompromißlust. Der Hausherrensohn, der mit Schnick und Schnack und Gschnas zum Bürgerball zulindert, pfeift genau so den klassischen Wiener „Ziach-o"-Pfiff, diese herausfordernd melancholische, langgezogene Aufforderung, ihm den Buckel runter zu rutschen, wie der Arbeiter, der in seinen Sälen eine Bälle feiert; und wie der dunkle Abhub verprügelter und verwegener Gestalten, die das Bezirksbild nächtlicherweile sprenkeln.

So ist Ottakring. Die Bürger- und Hutmachersöhne haben sich an die legitime Proletarisierung gewöhnt. Und die Arbeiter sind gemütlich. In den Straßen wächst nachts ein Räuschert vom heurigen Wein. Der Schaffner der Elektrischen hat besondere Instruktionen für die Behandlung von „Weinreisenden". Unsichtbar schwebt eine riesige rote Fahne symbolisch und unverlierbaren Besitz knatternd über diesen winerischesten proletarischen Bezirk.

Auf hunderttausend Stufen durcharbeiteter Stunden steht, von hunderttausend Menschen gestellt, das Monument eines bescheidenen Glücks.

Nachts klopft der Wind vom Wiener Wald an die Fenster. Am Gürtel friert ein kleines Hürchen. Ein Zuhälter lauert. Ein Arbeiter geht vorbei, schenkt dem Hürchen eine Zigarette. Und der Hausherrensohn von Nr. 11 winkt ihr und läßt sie 20 000 Kronen verdienen. Ein Krankenwagen schaukelt scheu ins Infektionsspital.

Morgens ist der Wald voller Grün oder voller Schnee. Und sagt zu den Arbeitern: „Laust mir doch nicht davon." Und Arbeiter und Hausherrnsohn, Hürchen und Lump finden, daß die Welt nicht einmal gar so hundsmiserabel ist. Der Lump pfeift: „Menschen, Menschen sein mer alle . . ." Und der Wiener Wald lacht in Grün oder in Schnee.

Eigentlich sollte jede große Stadt ihr Ottakring haben.

Prügelpädagogik.

Ein russischer Genosse schreibt uns:

Tief ergriffen hat mich neulich die Skizze von Thomas Münzer im „Vorwärts": „Die Kultur der Ohrfeige". Besonders sein Hinweis ist wertvoll, daß der kaiserlich deutsche Militarismus ein „Volk von Unteroffizieren" großgezüchtet hat.

Viele sind auch jetzt geneigt, die Nachhaltigkeit der alten „Ohrfeigenkultur" in der Psyche des Volkes zu unterschätzen. Und doch steckt der alte Unteroffiziersgeist auch nach der Revolution tief in den Knochen des Volkes. Ich will nur ein Beispiel von vielen herausgreifen: die unglaubliche Gleichgültigkeit der Eltern gegenüber der Prügelpädagogik in den Schulen. Nur selten hört man, daß Eltern gegen das Prügeln der Kinder in den Schulen einschreiten. Selbst sehr aufgeklärte, feinfühlige, politisch linksstehende Väter und Mütter finden sich mit der Tatsache ab, daß ihre Kinder in den Schulen geschlagen werden. Ich bin überzeugt, daß sie entsprechende Mitteilungen ihrer Kinder mit Ingrimm und Wut hören, aber zu einem aktiven Vorgehen gegen die Prügelpädagogen fehlt ihnen die Entschlossenheit. Vielleicht fürchten sie auch, die Lage der Kinder dadurch zu verschlechtern. Doch gerade diese Zurückhaltung und Feigheit gibt den Prügelpädagogen in den Schulen die Möglichkeit, ihrem Unteroffiziersgeist ungehindert Geltung zu verschaffen.

Wie leicht wäre es indes, dieser schmachvollen Praxis Einhalt zu gebieten, wenn die Eltern einmal ernstlich wollten. Ich kenne eine Reihe von Fällen, wo Schüler und Schülerinnen in Berliner Schulen der Fuchtel der Prügelpädagogen dadurch entzogen wurden, daß die Eltern energisch gegen das Prügeln der Kinder bei der Schuldirektion Einspruch erhoben. Diese Eltern waren in den meisten Fällen Ausländer: Russen, Engländer, Amerikaner usw. Sie wiesen mit Entrüstung darauf hin, daß das Prügeln wehrloser Kinder eine Schmach für die deutsche Kultur und eine nicht wieder gutzumachende Sünde gegen den Geist einer vernünftigen Erziehung bedeute. In den meisten Fällen hatten diese Proteste einen verblüffenden Erfolg. Die kleinen Russen, Engländer, Amerikaner, deren Eltern gegen das Prügeln Einspruch erhoben hatten, waren in der Klasse von nun an unantastbar. Ihre deutschen Schulkameraden jedoch werden noch wie vor geprügelt, weil — ja weil viele Deutsche anscheinend noch ein „Volk von Unteroffizieren" bleiben wollen. . . .

Ein deutsches Mittel gegen Zuckerkrankheit. Prof. Singer hat in der Wiener Gesellschaft der Aerzte über eine neue Methode der Behandlung Zuckerkranker gesprochen. Im Verlaufe von Versuchen fand er, daß nach Milchinjektionen die Ausscheidung von Zucker zurückgeht und die Patienten viel mehr Kohlehydrate ohne Schaden vertragen. Milchinjektionen, bzw. Injektionen geeigneter Medikamente, welche die chemische Industrie auf den Markt gebracht hat, werden in der letzten Zeit bei zahlreichen Krankheiten mit günstigem Erfolge verwendet. Prof. Singer hat nicht nur im Tierversuch durch Injektion von sogenanntem „artfremden Eiweiß" sich von der günstigen Beeinflussung der Zuckerkrankheit überzeugen können, sondern auch bei kranken Menschen Besserung beobachtet. Das Präparat, das Singer verwendete, ist ein in Aerztekreisen wohlbekanntes billiges deutsches Erzeugnis, das „Caseosan". Man nennt die Behandlung mit Caseosan die „unispezifische", während die Insulintherapie als „spezifische" zu bezeichnen ist. In schweren Fällen kann man beide Behandlungsmethoden kombinieren, in leichten und mittelschweren Fällen hatten Caseosaneinspritzungen allein schon hinreichend gute Erfolge.

Ueber Gymnastik als Teil der Körperbildung spricht heute abend 8 Uhr Gen. Adolf Koch im Haeckel-Saal, Beethovenstr. 3.

Internationale Arbeiterhilfe.

Eine Erwiderung sozialdemokratischer Mitarbeiter.

Zu unseren Feststellungen über den Charakter der „Internationalen Arbeiterhilfe" und vor allen Dingen über die Absichten, die die Kommunisten mit dieser Internationalen Arbeiterhilfe verfolgen, verbreiten einige Parteigenossen, die in letzter Zeit sich an der Arbeit dieser Organisation beteiligt haben, durch Korrespondenzen ein Erklärung, die auch uns zugestellt wird und die wir loyalerweise zum Abdruck bringen. Die Erklärung lautet:

„Die jedes bisherige Maß überschreitende Verelendung der deutschen werktätigen Bevölkerung hat uns veranlaßt, die internationale proletarische Hilfsaktion der IAH. durch unseren Beitritt zu unterstützen. Unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt, der Organisation unserer Partei bleibt deshalb durchaus bestehen. Die Wirksamkeit der IAH. bildet nach unserer Auffassung mit ihrer überparteilichen Grundlage und mit ihrem Ziel, der „durch Wirtschafts- oder Naturkatastrophen in ihrer Existenz gefährdeten Arbeiterschaft Hilfe angedeihen zu lassen" die notwendige Ergänzung zu vorhandenen Wohlfahrtsorganisationen. Auch dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt stehen noch nicht genügende Einrichtungen zur direkten Bekämpfung der eingetretenen Hungerkatastrophe in Deutschland zur Verfügung. Gerade dieser Umstand läßt es uns mit Rücksicht auf die Not der deutschen Arbeiterschaft außerordentlich bedauerlich erscheinen, daß einzelne Parteiinstanzen, insbesondere das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", einen Feldzug gegen diese proletarische Hilfsaktion begonnen hat und ohne auch nur den Versuch einer direkten Information zu machen fortsetzt. Auf Grund unserer Tätigkeit an leitender verantwortlicher Stelle innerhalb der IAH. stellen wir fest, daß ihre Arbeit lediglich in der Durchführung der unternommenen proletarischen Hilfe besteht. Für die Behauptung des „Vorwärts" in seinem Artikel „Internationale Arbeiterhilfe" vom 9. Februar 1924 „Daß diese scheinbare Wohlfahrtsorganisation ausgesprochen politische Zwecke verfolgt", ist der Beweis für die jetzige Tätigkeit der IAH. mindestens seit unserer Mitarbeit in Deutschland nicht erbracht. Die Unterzeichneter weisen daher diese Behauptung als unrichtig und irreführend zurück.

Zahlreiche Mitglieder der VSPD. finden sich — von der Partei unbeanstandet — mit Mitgliedern bürgerlicher Parteien zu gemeinsamer Wohlfahrtsarbeit zusammen. Daher haben die sozialdemokratischen Mitarbeiter der IAH. um so weniger Ursache auf dem Gebiete internationaler Solidarität, wie sie in der Hilfsaktion von Arbeitern für Arbeiter zu Ausdruck kommt, ihre Mitarbeit zu versagen."

Mathilde Wurm M. d. R. Meta Kraus-Fessel, Regierungsrat. Ilse Müller-Oestreich. Dr. Kurt Rosenfeld M. d. R. „Martin Faerber. Stadtrat Friedländer. Heinrich Becker. Lydia Stöcker. Dr. Oskar Cohn M. d. L. Professor Paul Oestreich.

Wir sind durchaus überzeugt, daß die Unterzeichner dieser Erklärung mit ihrer Mitarbeit an der Internationalen Arbeiterhilfe lediglich humanitäre Ziele verfolgen und bedauern, daß sie unter Nichtbeachtung der Taktik, die die Kommunisten in diesem Falle anzuwenden belieben, nicht erkennen, aus welchen politischen Gründen die Kommunisten die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der IAH. wünschen. In der Erklärung der Genossen ist ähnlich wie in der von Münzenberg der Presse übermittelten davon die Rede, daß der Beweis nicht dafür erbracht sei, daß in letzter Zeit die IAH. eine politische Tätigkeit entfaltet. Nachdem in einem dieser Tage stattgefundenen Prozeß gegen kommunistische Arbeiter der Vertreter der politischen Polizei erklärte, daß die Polizei ein Verbot der IAH. bei der Militärbehörde beantragt habe, würde eine Beweisführung im „Vorwärts" wie eine Unterstützung eines solchen Verbotsantrags aussehen. Wir möchten deshalb wünschen, daß wir nicht gezwungen werden, einen solchen Nachweis auch für die allerjüngste Vergangenheit zu führen. Entscheidend ist, daß die Kommunisten eine solche Verbindung mit anderen Kreisen auf neutralem Boden aus bestimmten Gründen gebrauchen und die Partei ihrerseits für die Arbeiterwohlfahrt jede Kraft beanspruchen muß, die sich dieser Arbeit widmen kann.

Deutsche Reichsbahn.

Amtliche Erklärungen.

Bei der Beratung der Verordnung über das „Unternehmen deutsche Reichsbahn" im Reichstag hat der Reichsverkehrsminister zu der Frage, ob das Unternehmen von sich aus Teile der Reichsbahn veräußern könne, erklärt: Das Verfügungsrecht, das das Unternehmen nach § 4 der Verordnung besitzt, ist ausdrücklich an die Grenzen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft gebunden. Dabei ist noch besonders betont; daß das Unternehmen auch zur Veräußerung einzelner Reichsbahnstrecken nicht befugt ist. Diese Beschränkung soll nach den Erklärungen des Ministers im Reichstag entsprechend auch für die Nebenbetriebe der Reichsbahn gelten. Wenn dem Unternehmen ein beschränktes Verfügungsrecht eingeräumt ist, so handelt es sich dabei um die im laufenden Betriebe nötig werdenden kleinen Veräußerungen, wie z. B Verkauf ausgemusterter Fahrzeuge oder entbehrlicher Geländestreifen. Zu der Frage der Stellung der Beamten hat der Minister ausdrücklich erklärt, daß die im Dienste der Reichsbahnverwaltung stehenden Beamten, schon weil die Verordnung nichts Gegenteiliges bestimmt, selbstverständlich Reichsbeamte bleiben. Die Besorgnisse wegen Beseitigung des Berufsbeamtentums sind also unbegründet.

Das Thüringer Wahlergebnis hat sich bei der Schlußfeststellung so verschoben, daß der Ordnungsbund 34, Völkische 6, Sozialdemokraten 16, Kommunisten 13 Sitze erhalten.

Aus der Partei.

Neuer Aufstieg.

Die starke Abonnentenzunahme, über die wir für den „Vorwärts" in letzter Zeit dauernd berichten konnten, steht in der Parteipresse keineswegs vereinzelt da. Ueberall sammeln sich die Reihen der Organisationen wieder, die verwüstenden Wirkungen der Inflationsperiode werden ausgeglichen, verlorengegangene Abonnenten der Parteipresse kehren zurück. Unser Hamburger Bruderblatt, das „Hamburger Echo", berichtet, daß als Erfolg der im Dezember begonnenen Agitation für die Parteipresse in den Monaten Dezember und Januar

10 000 neue Abonnenten

gewonnen werden konnten. Solche Erfolge werden errungen, trotzdem Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise immer noch schwer auf der Arbeiterschaft lasten. Sie sind ein Ansporn für die Parteigenossen, sich überall zu neuer Arbeit wieder zusammenzuschließen. Bis zu den Wahlen müssen nicht nur in Hamburg und Berlin Zehntausende, müssen im ganzen Reich Hunderttausende Leser der Parteipresse wiedergewonnen werden. Dem Rückschlag, den das Jahr 1923 gebracht hat, muß im Wahljahr 1924 ein neuer Aufstieg folgen.

Genosse Dr. Drobner-Krakau teilt uns mit, daß die Nachricht von seiner tödlichen Verunglückung auf einer Vornamen-Verwechselung beruht. Er lebt, auch nach siebenwöchiger Untersuchungshaft und will nächstens zur Exekutivsitzung der Internationale nach Luxemburg reisen.

Kofferträger.

Es gibt Stellen in Berlin, an denen das Elend der Großstadt, der Hunger und die Arbeitslosigkeit besonders stark, besonders packend und peinigend in die Erscheinung treten. Wenn man Vorplätze und Hallen der großen Berliner Fernbahnhöfe kurz vor Ankunft eines Fernzuges beobachtet, kann man so recht erkennen, wie groß das Elend weiter Volksschichten ist, und vermag hier traurig stimmende Studien über die Arbeitslosigkeit anzustellen. Da lungern, hohläugig, mit Verzweiflung in den Blicken und in Lumpen gekleidet, ältere und jüngere Männer umher, die hoffen, durch Tragen von Koffern und anderen Gepäckstücken der Reisenden Geld zu verdienen, das den schlimmsten Hunger vertreibt. Man sieht alte Männer, so schwach, daß sie sich kaum auf den Beinen halten können, die sich anbieten, Koffer von einem Zentner und darüber zu tragen. Mit einer Gier, die auf den ankommenden Reisenden natürlich nicht gerade vertrauenerweckend wirken kann, drängen sie sich heran, flehen und betteln um das Ueberlassen von Gepäckstücken. In den meisten Fällen haben sie denn auch kein Glück. Der argwöhnische Reisende, und namentlich, wenn er unbekannt ist, scheut sich, diesen Menschen sein Gepäck anzuvertrauen. Er ist ja in seiner Heimat so oft vor den Gefahren der Großstadt gewarnt worden, er hat gelesen, daß nicht selten Reisende durch diese sogenannten wilden Gepäckträger um ihr Besitztum gekommen sind, und er läßt Korb, Koffer oder Tasche nicht aus der Hand. Die anderen aber, die Armen, Verzweifelten, stehen und starren mit hoffnungslosen Gesichtern auf die davoneilenden Reisenden. Gerade an diesen Stellen aber, wo sich ein so lebhaftes Treiben des Reiseverkehrs abspielt, wirkt die stumme, dumpfe Verzweiflung der Hungernden um so eindringlicher. Die Gepäckträger des Bahnhofes, die „amtlichen" Personen mit den grünen Blusen und den blanken Blechschildern, machen immer wieder Jagd auf die herumlungernden Arbeitslosen. Wahrlich ein häßliches Bild, harte, das Herz ergreifende Szenen. Gewiß kann nicht geleugnet werden, daß diese wilden Kofferträger dem legitimen Gepäckträger Konkurrenz machen. Indessen, der Verdienst, der ihnen dadurch entgeht, daß ab und an einer der Elenden glückstrahlend in Erwartung des Verdienstes ein Gepäckstück trägt, ist so winzig, daß sie wirklich menschlich fühlen sollten mit Menschen, deren Los unendlich beklagenswert ist.

Die „verdächtigen" Kriminalbeamten.

Ein Verbrecherabenteuer im Morgengrauen.

Vor dem Lagerkeller einer Motorradfabrik in der Frobenstraße kam vor einiger Zeit zwischen 7 und 8 Uhr morgens ein zweispänniger Rollwagen vorgefahren. Die Begleiter verluden einige Dutzend Motorräder sowie Zubehörteile und fuhren mit der schweren Fracht unbehelligt davon.

Bei Geschäftsbeginn wurde der Einbruch entdeckt und der Kriminalpolizei gemeldet. Eine Spur führte nach Reinickendorf, ging aber dort verloren. Schon wollte die Polizei, die Nacht für Nacht auf der Lauer lag, am Erfolg verzweifeln, als in früher Morgenstunde von der Otavistraße her ein mit Motorrädern beladener Lastwagen auftauchte. Auf dem Bock des Wagens saß nur der Kutscher. Andere Gestalten aber geleiteten ihn in größerer und geringerer Entfernung und hielten eifrig Umschau nach allen Seiten. Die Beamten beschlagnahmten die ganze Fuhre, die unterdessen bis nach der Müllerstraße gelangt war, und befahlen dem Kutscher, zu dem einer von ihnen auf den Bock stieg, nach dem Alexanderplatz zu fahren. Vergeblich rief einer der Begleiter, ein lange gesuchter Ein- und Ausbrecher Köppe ihm zu: „Franz, kehr um!" Zur Verwunderung der Beamten folgte die ganze Gesellschaft dem Wagen bis zum Alexanderplatz. Sie verschwanden aber, als der Wagen in das Polizeipräsidium einbog. Es gelang später, sie zu verhaften. Die Verbrecher waren dem Wagen gefolgt, weil sie glaubten, das falsche Kriminalbeamte ihre Beute beschlagnahmt hätten. Sie hatten die Absicht an geeigneter Stelle ihnen den Raub wieder streitig zu machen. Als sie aber sahen, daß das Ziel ihrer Fahrt doch das Polizeipräsidium war, schwand diese Vermutung, und sie ergriffen schleunigst die Flucht. Die gestohlenen Räder hatten bei einem Hehler Engel in der Otavistraße geladen. Dieser hatte endlich einen Abnehmer gefunden, dem sie in der Morgenfrühe zugestellt werden sollten. Auch Engel wurde verhaftet.

Der Lustmord in der Lynarstraße.

Zu dem Kapitalverbrechen in der Lynarstraße wird weiter gemeldet, daß das Ergebnis einer neuen genauen Besichtigung der Leiche die Vermutung, daß es sich um einen reinen Lustmord handele, zur Gewißheit gemacht haben. Die zunächst vermißten Gegenstände sind aufgefunden worden. Es fehlt nur eine einfache goldene Damenuhr. Es ist so gut wie sicher, daß die Frau die Uhr selbst verkauft oder versetzt hat. Die Ermordete betrieb früher eine Butterhandlung in der Weddinghalle. Als das Geschäft in der Kriegszeit immer schlechter ging, stellte sie endlich den Handel ganz ein. Weil ihr Mann sich in der Not von ihr trennte, nahm sie Arbeit bei der AEG. an. Später war sie Botenfrau bei einer Likörfabrik. Sie hatte mit der Not zu ringen. Am Sonntag morgen war sie nicht mehr in der Lage, einige Lebensmittel, die sie in der Markthalle kaufte, sofort zu bezahlen. Von einem Raubmord kann nach alle dem nicht die Rede sein. Für die Kriminalpolizei ist es wichtig, daß alle, die Frau Liebau kannten, die längere oder auch nur kurze Zeit mit ihr irgendwie in Verbindung standen, sich unverzüglich bei der Mordkommission Dr. Riemann-Braschwitz im Polizeipräsidium melden. Insbesondere auch die Leute, mit denen sie bei ihrem Markthallenhandel in Verbindung gekommen ist, ihre Bekannten von der AEG. her und alle, die sie auf ihren Botengängen in Gastwirtschaften kennen gelernt haben. Namentlich aber alle, die die Frau noch am vergangenen Sonnabend, Sonntag und Montag irgendwo gesehen haben oder mit ihr in Berührung gekommen sind. Frau Liebau hatte in einem Blumengeschäft in der Müllerstraße ihr möbliertes Zimmer ausgeschrieben, ohne auf dem Aushang ihre Adresse anzugeben. Nach dieser haben sich in dem Geschäft auch zwei junge Männer und zwei Mädchen erkundigt. Ob sie in der Wohnung gewesen sind, weiß man nicht. Auch diese werden ersucht, sich umgehend zu melden, vor allem aber der ältere besser gekleidete Mann, der sich am Sonnabend abend gegen 6 Uhr um das Zimmer bewarb und es auch besichtigt hat.

*

Zu dem Leichenfund in der Greifenhagener Straße wird mitgeteilt, daß der Gerichtsarzt außer den beiden Verletzungen am Kopfe der Frau Zöllner bei der vorläufigen Besichtigung weiter keine gefunden hat. Diese beiden sind aber nicht tödlich. Es ist nur die Haut durchgeschlagen. Die Knochen sind nicht verletzt. Es ist möglich, daß die gebrechliche Frau, die nach den Angaben ihres Mannes und ihrer Schwägerin auch herzleidend war, in einem Schwindelanfall die Treppe hinuntergestürzt und infolge der Aufregung gestorben ist. Alle Angaben des Ehemannes und der Schwägerin werden von der Kriminalpolizei noch nachgeprüft. Die Obduktion ist noch nicht anberaumt.

Freiwillige Helferinnen für die Kinderspeisung.

Die Kindernot ist ins Ungeheuerliche gestiegen. Es gilt nicht nur neue Quellen zu erschließen, sondern bestehende Einrichtungen unter allen Umständen zu erhalten. Um vorhandene Mittel nur für Speisungszwecke sicherzustellen, ist es unbedingt notwendig, daß sich zum Verteilen des Essens an Kinder freiwillige Helferinnen zur Verfügung stellen. Ein Mangel an Helferinnen besteht im Bezirk Friedrichshain. Sozial eingestellte Frauen im Bereiche des Bezirks, die sich am Hilfswerk für die darbenden Kinder durch Verabreichung des Essens beteiligen wollen, werden um Angabe ihrer Adresse an das Jugendamt Friedrichshain, Markusstr. 49, Zimmer 38, gebeten.

Das Eheproblem.

In der Gesellschaft für Sexualreform hielt Rechtsanwalt Walter Bahn einen Vortrag über: „Das Eheproblem".

Der Redner gab zunächst einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung des Eheproblems von den Uranfängen der Menschheit an. Besonders eingehend behandelte er das Gebiet des Mutterrechts bei den alten Völkern, insbesondere bei den alten Aegyptern. Im Jahre 5000 v. Chr. bestand dort ein reiner Weiberstaat. Nur die Frauen bekleideten die öffentlichen Aemter. Die Männer befaßten sich mit der Kindererziehung, gegen heute eine vollständig verkehrte Welt. Erhalten ist noch ein alter Ehevertrag aus jener Periode, worin sich die Frau dem Manne gegenüber ausbedingt: „Wenn ich dahin komme, dich zu verachten und einen anderen Mann zu lieben, werde ich dich mit einer Summe von ... abfinden." Die Inschriften nannten damals nur den Namen der Mutter Isis, die Weibergottheit, wurde als Herrin der Erde betrachtet. Der Vortragende zeigte sodann, wie allmählich das Vaterrecht in die Höhe kam und die Männer die Frauen bei den meisten Völkern ganz in das Haus zurückdrängten. Er streifte das Ehescheidungsrecht der alten Babylonier, Juden, Griechen und Germanen und hob hervor, daß ein sehr aufgeklärtes Gesetzbuch bei den Babyloniern in Gestalt des Codex Hammurabi bestanden hätte. Es wäre bei den alten Babyloniern nicht wie bei den Juden und Römern möglich gewesen, der Frau ohne Abfindung einen Ehescheidungsbrief zu geben. Sie hätte vielmehr soviel Land erhalten, als sie zu ihrem Unterhalte nötig gehabt hätte. Der Vortragende zog darauf eine Parallele zwischen den Ehescheidungsrechten des Allgemeinen Landrechts und des Bürgerlichen Gesetzbuches und wies nach, daß das letztere einen starken Rückschritt gegenüber dem Gesetzbuch Friedrichs II. bedeute. In den Motiven des Bürgerlichen Gesetzbuches stände der unglaubliche Satz, daß die Ehescheidung erschwert werden müsse, um das leichtsinnige Heiraten zu verhindern.

An den Vortrag knüpfte sich eine Diskussion, bei der Prof. Dunkmann über eine Unterredung mit dem Reichsjustizminister Emminger betreffend die Abschaffung des Sühneversuchs in Ehescheidungssachen berichtete. Der Reichsjustizminister hätte auf den Einwand, der Sühneversuch sei doch zwecklos, bemerkt, „in den bayerischen kleinen Gemeinden wäre das nicht der Fall".

Schupo im Wartesaal.

Ein Republikaner sendet uns die folgenden Zeilen:

„Ich befand mich mit einem Freunde in den Morgenstunden zum Mittwoch im Wartesaal 1. und 2. Klasse des Bahnhofes Charlottenburg, um auf die Abfahrt des ersten Zuges in Richtung Halensee zu warten. Plötzlich trat ein Schupobeamter in den Saal und verlangte die Fahrkarten; nachdem ich als einer der ihm Zunächstsitzenden meine Monatskarte vorgewiesen hatte, besah er sich noch beiläufig die Karten der an den nächsten beiden Tischen Sitzenden und kehrte darauf zur Ausgangstür zurück, um den Saal zu verlassen. In seinem Gebaren erblickte ich nicht nur mir, sondern auch den Zunächstsitzenden gegenüber eine Verletzung unserer Persönlichkeit, da der betreffende Beamte die anderen mehr oder weniger zweifelhaft erscheinenden Personen gar nicht beachtete. Aus einer wohl begreiflichen Empörung heraus äußerte ich mein Befremden, indem ich meinte, auch von den anderen Anwesenden müßte, vielleicht mit noch mehr Recht, die Vorzeigung der Karten verlangt werden. Aber was geschah? Der Polizeibeamte drehte sich entrüstet zu mir um, verlangte in barschem Tone von mir sofortiges Aufstehen und Folgen. Da ich mich diesem mir unfaßbaren Ansinnen nicht sogleich fügte, holte der Beamte noch einen Beamten zu Hilfe, um mich dann, wie einen Verbrecher zur nächsten Wache nach der Fritzscheestraße zu schleppen. Was mir dort zustieß, gebe ich hier wahrheitsgetreu wieder. Zunächst bekam ich Schläge von mehreren Beamten in das Gesicht, dann, da ich mich wehrte, Fesselung mit Ketten nicht nur an den Händen, sondern auch an den Füßen, Zubodenwerfen, mit dem Gesicht nach unten, abwechselnd Fußtritte in das Gesicht, Verhöhnung durch Redensarten und Beibehaltung der Fesseln, trotzdem man sich auf meinem zuständigen Revier von der Richtigkeit meiner Person und Angaben überzeugt hatte. Nachdem ich nun ungefähr eine Stunde auf der Wache, in dieser Art und Weise mißhandelt, zugebracht hatte und ich schon ganz zermürbt war, entließ man mich gnädigst, jedoch von einem Beamten in Zivil aufgefordert, mich noch vorher zu säubern, d. h. das Blut aus dem Gesicht zu entfernen. Dies lehnte ich ab und mußte man mich wohl oder übel entlassen, ohne daß mir vorher Gelegenheit gegeben war, einen Vorgesetzten sprechen zu können. Mein nächster Gang war von der Wache zur Unfallstation, wo ich mich säubern und mir von dem dort befindlichen Arzt ein Attest über meine Verletzungen im Gesicht und an den Händen ausstellen ließ."

Die ständige Wiederkehr dieser Vorfälle zwingt zu der Annahme, daß bisher gegen Rechtlinge dieser Art im Verbande der Schupo nur sehr lässig vorgegangen wurde. Derartige Vorkommnisse sind nicht besonders geeignet, die Polizei als Organ der öffentlichen Sicherheit erscheinen zu lassen. Das sollte man sich doch endlich gesagt sein lassen.

Verlängerung der Autobuslinie 8. Am Sonnabend, den 16. Februar, wird die Kraftomnibuslinie 8 (Wilmersdorf, Berliner Straße Ecke Badensche Straße—Alexanderplatz) durch die Neue Königstraße und Greifswalder Straße bis zum Arnswalder Platz verlängert.

„Freie Körperbildung-Gymnastik" ist das Thema des ersten Abends, das Adolf Koch in der volkstümlichen Vortragsreihe der Turnlehrer-Jugendgruppen des Bundes entschiedener Schulreformer heute Mittwoch 7½ Uhr im Haeckel-Saal, Beethovenstr. 3 (Eingang Straße An den Zelten), behandelt. Aussprache. „Mutterschaft und Proletariat" (Frau Hoffmann-Kwinner) als erster Vortrag der Reihe „Mutterschule" am Donnerstag 7½ Uhr, im Haeckel-Saal. Unkostenbeitrag 0,80 M., Kurzarbeiter usw. 0,15 M. Karten für vier Vortragsabende 1 M. bzw. 0,50 M. ab 7 Uhr abends an der Kasse.

Letzter Fuhrmann-Abend. Hans und Agnes Fuhrmann verabschieden sich am Sonntag, den 17. Februar, im Meistersaal mit einem heiteren Lieder- und Vortragsabend „Liebe und Frohsinn". Mitwirkend: Berths Grundmann. Am Flügel: Cläre Rudin. Anfang 8 Uhr.

Ein Lübecker Fischdampfer gestrandet. Der Lübecker Fischdampfer „Schlutup" ist bei Grindavik an der Südküste Islands gestrandet. Die aus 12 Personen bestehende Besatzung ist gerettet und befindet sich auf dem Wege nach Deutschland. Das Schiff gilt als verloren.

Der Löwenüberfall im Filmatelier. Wegen des Unglücksfalles in dem römischen Filmatelier während einer Aufnahme für den Film „Quo vadis?", bei dem ein Schauspieler von einem Löwen tödlich verletzt wurde, sind nunmehr drei Filmdirektoren verhaftet worden. Die Untersuchung ergab, daß das Unglück auf ihre schlechte Organisation zurückzuführen ist. Der eine der verhafteten Direktoren ist der Sohn Gabriele d'Annunzios.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Neukölln. Donnerstag, den 14. Februar, 7 Uhr, im Parteibureau Reckestraße 8 Sitzung der Arbeiterwohlfahrt- und Kinderschutzkommission. Um 8 Uhr Funktionärinnenübung ebenda.

32. Abt. Achtung! Die Gruppen- und Bezirksführer werden ersucht, die Januarbeiträge schleunigst zu kassieren und baldmöglichst beim Abteilungskassierer abzurechnen.

87. Abt. Marienfelde. Heute, abends 8 Uhr, Zahlabend bei Schuster, Kirchstr. 63. Sehr wichtiger Tagesordnung. Erscheinen Pflicht.

111. Abt. Wohnbach. Der Zahlabend findet heute nicht statt; der nächste wird noch bekanntgegeben.

Sozialistischer Jugend Pankow. Generalversammlung Donnerstag, den 14. Februar, im Jugendheim Pankow, Breitestraße 32. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Gewerkschaftsbewegung

Auch den Christlichen wird es zu bunt!

Die Bergarbeiter bei Dr. Brauns.

Hauptvorstand und Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter waren Montag zu einer Konferenz nach Berlin zusammengekommen, um die augenblickliche Wirtschaftslage im Bergbau zu erörtern. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Imbusch, führte aus, daß die geradezu trostlose Lage, besonders im Bergbau des besetzten Gebietes, es notwendig erscheinen ließ, diese Konferenz in Berlin abzuhalten; bei der christlichen Bergarbeiterschaft herrsche allgemein die Ueberzeugung, daß maßgebende Regierungskreise den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter

nicht mehr das nötige Verständnis

entgegenbrächten. Diese Stimmung fand einen Niederschlag in einer Eingabe, die durch eine Abordnung dem Reichskanzler Marx persönlich überreicht wurde. Imbusch wies darauf hin, daß nicht der Bergbau und die Bergarbeiter den Krieg verloren hätten, sondern das gesamte deutsche Volk. Deshalb sei es ein großes Unrecht, die Lasten der Micumverträge den Bergbau allein tragen zu lassen. Einfache Forderung der Gerechtigkeit sei es, diese Lasten auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Der Reichskanzler versprach, die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts zur Sprache zu bringen.

Ferner überbrachte eine Deputation dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine geharnischte Beschwerde der christlichen Bergarbeiter über die Behandlung der Frage der Arbeitszeit sowie der Tarif- und Lohnpolitik im Bergbau durch das Reichsarbeitsministerium. In dieser Entschließung sprachen Konferenzteilnehmer ihr starkes Bedauern über

die unsoziale Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums

aus. In scharfer Form wird in der Entschließung dagegen Protest erhoben, „daß es dem Reichsarbeitsminister gelungen ist, bei den Lohnverhandlungen im Bergbau die Bergarbeiterlöhne im Vergleich zur Teuerung niedrig zu halten“. Das unsoziale Vorgehen der Arbeitgeber im Bergbau sei teilweise noch durch unsoziale Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums gefördert worden. Die Schiedssprüche seien in der Regel nur für die Arbeiter, nicht aber für die Arbeitgeber als verbindlich erklärt worden. Zum Schluß fordert die Entschließung, daß in Zukunft das Reichsarbeitsministerium sich wieder von seinem früheren sozialen Geiste leiten lasse.

Im Anschluß an die Vorträge der Reichstagsabgeordneten Brust, Schirmer und Imbusch wurde in einer einstimmigen Entschließung Einspruch erhoben

gegen die Bestrebungen der Arbeitgeber

auf grundsätzliche Ablehnung der zentralen Lohnverhandlungen, der Zerstörung der Tarifverträge und auf Abbau der Sozialversicherung, sowie den Versuch, die Durchführung des Reichsknappschaftsgesetzes zu verhindern. Die Konferenz fordert von der Reichsregierung mit allem Nachdruck: 1. daß sie sich für grundsätzliche Beibehaltung der zentralen Lohnverhandlung einsetzt, 2. daß der Abschluß von Tarifverträgen mit den zuständigen Gewerkschaften gesetzlich geschützt wird, 3. die Ausgestaltung der Reform der Sozialversicherung unter Wahrung ihres grundsätzlichen Charakters und ohne Mißbrauch zu einem Abbau und 4. daß die Durchführung des Reichsknappschaftsgesetzes trotz des Widerstandes der Arbeitgeber erfolgt.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage, in denen die sozialdemokratische Fraktion die Aufhebung der verschiedenen, gegen die Arbeiterklasse erlassenen Verordnungen beantragen wird, wird sich zeigen, ob die christlichen Gewerkschaftsführer durch ihre Taten zu den scharfen Worten stehen werden, mit denen sie gegenwärtig ihre gewaltig erbitterte Anhängerschaft zu beruhigen versuchen.

Stellenangebote durch Chiffre-Inserate.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Im Abendblatt des „Vorwärts“ vom 7. Februar wird Klage darüber geführt, daß die Angestelltenverbände nichts gegen den Unfug der Chiffreinserate getan haben. Das trifft wohl auf die bürgerlichen Verbände zu, nicht aber auf den Zentralverband der Angestellten. Allem Anschein nach hat der Einsender die bisherige Entwicklung gerade dieser Frage nicht sehr eingehend verfolgt.

Schon im Jahre 1914 wurde auf der 9. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Vorläufer des Zentralverbandes der Angestellten, in Hannover, eine Entschließung angenommen, die die öffentlich-rechtliche Stellenvermittlung unter paritätischer Verwaltung fordert. Der Kampf gegen die Chiffreinserate wurde auch in den letzten Jahren sehr energisch geführt. Aus Anlaß der Besprechung des Arbeitsnachweisgesetzes im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat am 8. Dezember 1921 wurde von den freigewerkschaftlichen Arbeitnehmern folgender Antrag gestellt:

> Arbeitsgesuche und Arbeitsangebote, die als Inserate in Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht werden, müssen mit einem Sichtvermerk des zuständigen Arbeitsnachweises versehen sein. Chiffreangebote sind verboten.

Wenn der Antrag nicht angenommen wurde, so liegt das an der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates, in dem die nicht-freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer sehr oft mit den Arbeitgebern zusammenstimmen. Wir werden unseren Kampf auch weiterhin führen und es wäre nur zu wünschen, daß die Angestellten selbst uns dabei mehr als bisher unterstützen.

Die Direktion des „Prälaten“.

Im Gastwirtsgewerbe wurde am 14. Januar 1924 ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Diesen Vertrag glaubten einige besonders schlaue Unternehmer dazu benutzen zu können, die Köche in eine niedrige Lohnstufe zu versetzen. Die Direktion des „Prälaten“ behauptete mit einem Male, nur Alleinköche zu beschäftigen, während in Fachkreisen diese acht Köche als Abteilungsköche angesprochen werden. Alles gütliche Zureden nutzte bei der Direktion nichts. Sie ließ sich erst verklagen und mußte am 12. Februar am Innungsschiedsgericht erfahren, was für eine Art Köche sie in ihrem Betriebe beschäftigt. Man sollte nicht glauben, daß eine Direktion so wenig Ahnung von ihrem Betriebe haben kann. Bei der Verhandlung wurde wenigstens das eine genau festgestellt, daß die Direktion weiß, das aus der Küche das Essen kommt.

Juristische Winkelzüge gegen eine Arbeiterforderung.

Ein von der Firma Siemens u. Halske entlassener Mechaniker hatte im Oktober v. J. beim Schlichtungsausschuß die Entscheidung erreicht, daß die Entlassung ungerechtfertigt und die Firma deshalb verpflichtet ist, den Mechaniker entweder wiedereinzustellen oder ihm eine Entschädigung zu zahlen von 140 Stundenlöhnen plus Ausgleichszulage zu den am Tage der Auszahlung geltenden Tarifsätzen.

Die Firma hat weder die Wiedereinstellung noch die Zahlung der Entschädigung vorgenommen, sondern geglaubt, durch juristische Winkelzüge den Spruch des Schlichtungsausschusses unwirksam machen zu können. — Nachdem die Rechtsprechung des Schlichtungsausschusses auf das Gewerbegericht übergegangen war, klagte der Entlassene hier auf Zahlung von 92,40 Goldmark, das ist die von ihm auf Grund der Entscheidung des Schlichtungsausschusses errechnete Summe.

Der Vertreter der beklagten Firma bestritt die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts, da die Entscheidung des Schlichtungsausschusses einen Schadenersatzanspruch aus unerlaubter Handlung betreffe, der vor das ordentliche Gericht gehöre. Ferner machte der Vertreter der Beklagten geltend, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses sei rechtsungültig, weil die Entschädigungssumme nicht ziffernmäßig festgelegt sei.

Das Gewerbegericht (Kammer 6a) erklärte sich unter Hinweis auf die ständige Rechtspraxis für zuständig und wies auch den Einwand der Rechtsungültigkeit der Entscheidung des Schlichtungsausschusses zurück mit der Begründung: Die Nachprüfung von Entscheidungen des Schlichtungsausschusses als bisheriges Arbeitsgericht ist grundsätzlich auf die Fälle zu beschränken, in denen es über seine sachliche Zuständigkeit hinausgegangen ist oder nicht vorschriftsmäßig besetzt war. Ersteres trifft nicht zu. Allerdings hätte der Schlichtungsausschuß die Entschädigungssumme ziffernmäßig und nicht nur berechenbar festsetzen müssen. Der Kläger hätte deshalb die Festsetzung einer bestimmten Entschädigungssumme durch eine Nachtragsentscheidung herbeiführen müssen. Das wäre zulässig gewesen. Nachdem nunmehr die Zuständigkeit für Entscheidungen dieser Art auf das Gewerbegericht übergegangen ist, ist dieses zur nachträglichen ziffernmäßigen Festsetzung der Entschädigungssumme befugt.

Die Beklagte wurde zur Zahlung von 92,40 Goldmark verurteilt.

Die süddeutschen Bremswerke eine üble Arbeitsstätte.

München, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die mit polizeilicher Gewalt durchgeführte Aussperrung der Belegschaft in den Süddeutschen Bremswerken in München hat nach Angabe der Direktion ihren Grund in der passiven Resistenz der Arbeiterschaft. Der Deutsche Metallarbeiterverband stellt jedoch fest, daß die verminderte Arbeitsleistung in diesem Betriebe in der Hauptsache von der seit drei Monaten durchgesetzten geradezu skandalösen Entlohnung herrührt, die jegliche Arbeitsfreudigkeit unterbunden hat. Seit dem 15. November schickt man Woche für Woche gelernte Arbeiter mit einem Hungerlohn von 8 bis 10 Mk. die Woche nach Hause. Rücksichtslos werden die seinerzeit mit entwertetem Geld gegebenen Vorschüsse heute in hochwertigem Gelde abgezogen, was die Arbeiter als reinen Diebstahl bezeichnen. Auch die Behandlung der Arbeiter spottet jeder Beschreibung: wer sich der Unternehmerwillkür nicht ohne weiteres beugt, fliegt hinaus. In einer solchen Atmosphäre kann keine Arbeitsfreudigkeit gedeihen.

Der Achtstundentag in Sachsen.

Der Schiedsspruch des Schlichters für den Freistaat Sachsen sieht bei grundsätzlicher Beibehaltung des Achtstundentages eine Pflichtarbeitszeit von fünf Stunden wöchentlicher Mehrarbeit fest, wozu noch drei Stunden Mehrarbeit in der Woche auf Grund freier Vereinbarung kommen können. Die fünf Stunden Mehrarbeit sind mit 5 Prozent, die weiteren drei Stunden mit 15 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Für den sogenannten Bereitschaftsdienst beträgt die Mindestarbeitszeit 10 Stunden täglich.

Aus der Tschechoslowakei.

Wie aus Bodenbach berichtet wird, haben infolge des Streiks in einer Metallfabrik sämtliche Metallfabriken den Betrieb eingestellt und etwa 1800 Arbeiter entlassen. — In den Textilfabriken in Tannwald sind infolge eines Konfliktes wegen der 48-Stunden-Woche 2000 Arbeiter ausgesperrt. — Die tschechoslowakische Regierung hat neuerdings verschiedene Bestimmungen über die Beschäftigung sächsischer Arbeiter in der Tschechoslowakei erlassen und in einigen Fällen bereits Firmen in Strafe genommen, die sächsische Arbeiter in ihren Betrieb einstellten.

Berichtigung. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Kassel ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung: „Nach der im „Vorwärts“ Nr. 40 vom 24. Januar unter der Ueberschrift „Schwere Fehlgriffe beim Personalabbau“ gebrachten Notiz soll einem 64 Jahre alten und 39 Jahre im Dienst befindlichen Schrankenwärter J. das Dienstverhältnis ohne Zusicherung von Pension oder Wartegeld gekündigt worden sein. In Wirklichkeit hat die Reichsbahndirektion Kassel jedoch bei dem in Betracht kommenden Schrankenwärter J. in A. gerade mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse von einer Entlassung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand unterm 11. Januar ausdrücklich abgesehen, ohne daß übrigens eine Kündigung vorhergegangen wäre.“

Die englischen Dockarbeiter fordern zwei Schilling Lohnerhöhung, die Arbeitgeber wollen nur einen Schilling mehr zahlen. Daran scheiterten Verhandlungen am Montag. Der Arbeitsminister hat einen weiteren Vermittlungsversuch unternommen. Kommt es nicht vorher zur Einigung, beginnt Sonnabend der Streik. — Der Arbeitsminister Shaw ist persönlich um die Beilegung der Differenzen bemüht. Die geforderte Lohnzulage von zwei Schilling soll eventuell in zwei Raten gewährt werden.

Die Pariser Automobilarbeiter der großen Automobilwerke Citroen waren wegen der Einführung gewisser amerikanischer Arbeitsmethoden in einen Streik eingetreten. In den Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Betriebsleitung hat die Direktion nicht nur die von ihr vorgenommenen Strafentlassungen zurückgenommen und die von der Arbeiterschaft verlangten zwei freien Sonnabendnachmittage im Monat bewilligt, sondern auch ausdrücklich eine Revision des Lohntarifs für den Fall in Aussicht gestellt, daß die neuen Arbeitsmethoden zu einer Verminderung des Einkommens einzelner Arbeiterkategorien führen sollten. Der Streik, an dem mehrere tausend Arbeiter beteiligt waren, ist damit beendet.

Wirtschaft

Genossenschaftlicher Nutzen.

Die Konsumvereine müssen nach der Wirtschaftskatastrophe wieder aufgerichtet und stark gemacht werden. Das erste, was dazu geschehen muß, ist die Aufbringung neuer Betriebsmittel durch Einzahlung von Rentenmark-Geschäftsanteilen. Da soll es nun mancherorts solche Mitglieder geben, die meinen, sie hätten schon früher einmal ihren Anteil eingezahlt und es sei nicht recht, von ihnen einen neuen zu fordern. Das sind diejenigen Mitglieder, die immer noch nicht begriffen haben, daß sie in der Zeit der rasenden Geldentwertung bei jeder Warenentnahme im Konsumverein mit den Waren unter dem Wiederbeschaffungspreis Stück um Stück von dem früher entstandenen Genossenschaftsvermögen erhalten haben. Aber wenn das auch nicht gewesen wäre, läge doch kein Grund vor, von den Geschäftsanteilen aus früherer Zeit anzunehmen, sie hätten sich nicht verdient gemacht. Es bleibt die unbestreitbare Tatsache bestehen, daß schon vorher jeder einmal eingezahlte Geschäftsanteil mehr als einmal zurückgezahlt worden ist. Die Summe aller Mitgliedergeschäftsguthaben der Konsumvereine des Zentralverbandes seit 20 Jahren betrug 348,2 Millionen Mark. Dagegen aber summierten sich die den Mitgliedern alljährlich gutgebrachten Beträge aus den Rückvergütungen und Sparrabatt auf 1231,7 Millionen Mark. Mithin übersteigt allein der Nutzen der Mitglieder aus den Rückvergütungen deren Leistung durch Geschäftsanteile in 20 Jahren um 883,5 Millionen Mark. Dabei ist der Rabatt privater Geschäftsleute an Mitglieder mancher Konsumvereine völlig unberücksichtigt geblieben. Auf jedes Mitglied entfällt im Durchschnitt ein Geschäftsguthaben von 110 M., aber eine durchschnittliche Ersparung von 389 M. Mithin übersteigt der rechnerisch ermittelte Nutzen des einzelnen, und zwar gerade des älteren Mitglieds seine Leistung um 279 M.

Das Ergebnis aus den Endsummen der 20 Jahre ändert sich auch nicht bei Errechnung der fraglichen Posten nach dem Jahresdurchschnitt. In Prozenten ausgedrückt, erbrachte die Anteilleistung einen Nutzen von 354 Proz. Damit ist die Frage nach der sogenannten Aufwertung der früheren Geschäftsanteile eigentlich hinreichend beantwortet. Darüber hinaus bleibt jedoch der rechnerisch nicht zu erfassende, noch weit größere allgemeine genossenschaftliche Nutzen. Was den Mitgliedern der Konsumvereine im Laufe dieser Jahre lediglich durch genossenschaftliche Preisregulation und beste Warenvermittlung an Vorteilen entstanden ist, weiß jeder kundige Genossenschafter. Die Summen, die den einzelnen Hausbaufonds und Volksbildungs-, gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken zugewiesen worden sind, müssen auch auf dem Konto reinen Mitgliedernutzens gebucht werden. Nach alledem dürfte es begreiflich sein, daß es nicht unbillig ist, den Rentenmark-Geschäftsanteil zur Wiederaufrichtung der Genossenschaften zu fordern.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. V.: Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife 66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co, Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 8–9.

Marken-Zigaretten
Tabak, Zigarren Garbaty, Halpaus, Constantin, Kurmiery, Arramikos, Muratti, e-bra-ho Tageser
Arno Geßner, Tabakwaren Großhandlg.
Werftstr. 21, Teleph. Moabit 2114

Besonders wirksam und die kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem **billig!**

Leder – billig!
Braune Oberleder-Lack
Ausgew. Bäuche und Hälse
Billige Croupons
Berthold Kuttner
Reichenbergerstr. 14. (1. Hof)

Zähne 1 und 2 Goldmark
Kronen u. Brückenzähne v. 3 Goldmark an. Weitgehende 3 Jahre-Garantie. Teilzahlung gestattet. Zähneziehen bei Bestellung von Gebiß gratis.
Vorzeiger 10 Proz. Rabatt.
Zahn-Praxis Hatvani
Danziger Straße 1 (Ecke Schönhauser Allee).

Korb- u. Rohrmöbel Eig. Fabrik, stets bei vorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preis.
Edmund Fuß, Nin-Neukölln
Berliner Str. 14. Nähe Hermannplatz – Tel. Neukölln 2204. Repar. sämtlich Korbwaren.

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptgeschäft: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 47, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 47, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24; Carmen-Sylva-Str. 97, Gillmann.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 45 und Huttenstr. 67 bei Bitterling.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Waldstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 23.
Adlershof: Frl. Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Alt-Glienicke: Stowronski, Grünauer Str. 65.
Baumschulenweg: Frau Köhle, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Hönow, Ahrensfelde, Schönwalde: Buch, Zepernick, Schönerlinde, Karow und Buch: Heinrich Prahl, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Tanneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Hartmann, Genossenschaftshaus Paradies.
Borsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 32, v. 2 Tr.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwaldstraße 65.
Copenick: Meyer, Friedrichstr. 52.
Charlottenburg I: Seelenhermer Str. 1.
Charlottenburg II: Eisfeld, Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Joachim, Kaiserdamm 100, Gartenhaus 1 Tr.
Charlottenburg IV: Bulen a. L. Augsburger Str. 47, Portier.
Erkner: Weiße, Flakenstr. 2.
Finkenau: Kroch's, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salamon, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Billeck, Fredersdorf, Lenbachstraße.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Kaiserallee.
Friedrichshagen: Hellmann, Friedrichshagen, Aarestraße 1.
Grünau: Eichner, Köpenicker Str. 100.
Halensee, Grunewald, Schmargendorf: Frau Raack, Kiosk Henriettenplatz, Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Salzbach, Niederschönhausen, Schloßallee 45.
Hermsdorf: Frau Gerbeiltatt, Rathenaustr. 8.
Hermsdorf: Erich Knuth, Frohnauer Str. 10.
Hohenschönhausen: Wehlik, Oranienburger Str. 8.
Hoppegarten: Kapsch, Hoppegarten-Birkenstein, Petzallee Nr. 110.
Johannisthal: Schindler, Niederschöneweide, Brückenstr. 23. Bestellungen: Johannisthal, Parkstr. 26, Kiebitzhaus.
Karlshorst: Berndt, Kiosk Bahnhofstraße.
Kaulsdorf: Sonntag, Brebereckstraße 12.
Königswusterhausen: C. Meyer, Potsdamer Str. 2.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kieler Str. 8 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Marienbergstr. 1.
Lichtenberg II: Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Hauptstraße Str. 65.
Lichtenberg III: Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 133, Laden.
Lichtenberg IV: Heymer, Rüderstr. 34, Gartenhaus.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kleiststraße 13.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 19.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Marienberg: Konsumverein, Chausseestr. 3.
Mariendorf: Greulich, Berliner Str. 143.
Marienfelde: Braatz, Kirchstr. 71.
Neukölln I: Kaiserstr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 40, v. 1.
Neukölln-Britz: Mitting, Britzer Chaussee 82.
Niederschöneweide: Schindler, Brückenstr. 23.
Nowawes: Sch. Krohnbein, Eisenbahnstr. 16.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 5.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 8.
Pankow: Sitzmann, Mühlenstr. 36.
Rahnsdorf: Reichert, Forststr. 1.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wehle, Provinzstraße 5.
Reinickendorf-West: Bendt, Scharnweberstr. 114, Volkshaus.
Rosenthal: Heinrich Geraht, Hauptstr. 28.
Rudow: Otto Kaiser, Waltersdorfer Chaussee.
Rüdersdorf, Kalkberge, Tasdorf: Adolf Goerke, Kalkberge, Rheinstraße 15.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 2.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Krausnick, Gudlow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 64.
Siemensstadt: Stenzel, Brunnenstr. 6 u. 7.
Spandau: Brehm, Schönhauserstr. 7.
Staaken: Söller, Kiefernwinkel 18.
Steglitz: Kraft, Schöneberger 3.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Tegelort: Spieß, Tegel, Schlieperstr. 62.
Teltow: Höfel, Ritterstr. 39.
Tempelhof: Horsdorf, Werderstr. 31 u. 22. — Neu-Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 1.
Treptow: Müring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Sebler, Kiefholzstr. 185.
Waidmannslust: Rohde, Oranienbamm 10.
Weißensee: Greunke, Sedanstraße 68.
Wilhelmshagen: Rud. Teltow.
Wilh.-Ausbau, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 21.
Wilmersdorf: Schubert, Wilhelmsaue 77, Hof 1 Treppe; Buhle, Ludwigkirchplatz 9, Seitenflügel 4 Treppen; Heberewitz, Kaiserplatz 18 vorn parterre.
Wittenau: Aibell, Hauptstr. 63.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 2.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 3.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.